

BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN

DER STADT SCHOPFHEIM

ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN UND DIE ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN

„STALTEN“

IM ORTSTEIL LANGENAU

durchgeführt im beschleunigten Verfahren gem. § 13b BauGB

für den Bereich der Grundstücke:

Flst.-Nr. 201/7
Flst.-Nr. 204
Flst.-Nr. 204/1 (Weg)
Flst.-Nr. 204/2
Flst.-Nr. 205
Flst.-Nr. 814
Flst.-Nr. 815
Flst.-Nr. 816
Flst.-Nr. 820/2 (Weg)
Flst.-Nr. 1034 (Straße, teilweise ca. 80 m²)

In Ergänzung der Planzeichnung (Bl. 2) werden nachfolgende Bauvorschriften getroffen:

- I. Planungsrechtliche Festsetzungen
- II. Örtliche Bauvorschriften
- III. Hinweise und nachrichtlich übernommene Festsetzungen

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit § 4 BauNVO

1.1 Der räumliche Geltungsbereichs des Bebauungsplanes wird als **Allgemeines Wohngebiet (WA)** gem. § 4 BauNVO festgesetzt.

Gemäß § 1 (6) BauNVO sind Tankstellen, Anlagen für Verwaltungen und Gartenbaubetriebe auch als Ausnahmen nicht zulässig.

Gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB ist die höchstzulässige Zahl der Wohnungen gem. Planeintrag beschränkt auf:

- je Einzelhaus (Einfamilienhaus) und je Gebäudehälfte von Doppelhäusern auf max. 2 Wohneinheiten
- je Einzelhaus (Mehrfamilienhaus) auf max. 6 Wohneinheiten
- je Reihnhaus auf max. 1 Wohneinheit

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit § 19 BauNVO

Die Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt durch die Eintragung (Blatt 2) der Grundflächenzahl (GRZ) mit 0,4 und der Zahl der Vollgeschosse mit max. II als Höchstgrenze. Die Regelungen des § 19 (4) BauNVO für Garagen, Stellplätze mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen und bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche dürfen vollumfänglich in Anspruch genommen werden (Überschreitung der zulässigen Grundfläche um max. 50 v.H. für Stellplätze, Garagen, Nebenanlagen und ihre Zufahrten, insgesamt bis zu einer max. GRZ 0,6).

3. BAUWEISE

gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit § 22 BauNVO

Die Bauweise wird gem. § 22 (2) BauNVO als **offene Bauweise (o)** festgesetzt. Zulässig sind nur Einzel- Doppel- und Reihenhäuser gem. Planeintrag.

4. STELLUNG DER GEBÄUDE

gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Die Stellung der Hauptgebäude ist gem. Planeintrag festgesetzt, Abweichungen bis max. 5° zur besseren Ausnutzung der Solarenergie sind zulässig. Bei Doppelhäuser sind beide Haushälften gleich auszurichten.

5. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit § 23 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind gem. § 23 (3) BauNVO durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.

6. NEBENANLAGEN

gem. § 9 (1) Nr. 4 BauGB i.V. mit § 14 BauNVO

6.1 Nebenanlagen sind nur innerhalb der Baugrenzen oder auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig.

6.2 Versorgungsanlagen i.S. des § 14 (2) BauNVO können als Ausnahmen auch außerhalb der überbaubaren Flächen zugelassen werden.

6.3 Nebenanlagen müssen zu den öffentlichen Verkehrsflächen einen Mindestabstand von 0,5m einhalten.

- 6.4 Nebenanlagen gem. § 14(1) BauNVO sind gem. § 23(5) BauNVO bis max. 20m³ Rauminhalt (Berechnungsgrundlage DIN 277) z.B. für kleinere Geräte- oder Spielhütten, Wäschespinnen, Sandkästen, Komposter, etc. auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Dies gilt auch für Pools/ Schwimmbecken.

7. GARAGEN, CARPORTS UND STELLPLÄTZE

gem. § 9 (1) Nr. 4 BauGB

Für die im östlichen und südlichen Planbereich gelegenen Grundstücke wurden die Flächen für Garagen, Carports und Stellplätze gem. Planeintrag festgesetzt.

Im nördlichen Planbereich wurde auf eine explizite Festsetzung verzichtet, dort sind Garagen, Carports und Stellplätze auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.

Im Bereich der geplanten Reihenhäuser / Mehrfamilienhäuser sind die Stellplätze auf der gegenüberliegenden Straßenseite festgesetzt.

Stellplätze müssen einen Mindestabstand von 0,5 m vom Fahrbahnrand einhalten, Garagen und Carports müssen, auch mit ihren Dächern, gemessen von der Dachkante des Dachüberstandes, zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen einen Abstand von mind. 0,5m einhalten.

8. VERKEHRSFLÄCHEN

gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

Im Plangebiet sind gem. Lageplaneintragung Verkehrsflächen festgesetzt. Durch die Festsetzung einer Straßenbegrenzungslinie werden die unterschiedlichen Flächen abgegrenzt.

9. MASSNAHMEN UND FLÄCHEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

gem. § 9 (1) Nr. 20 i.V.m. § 1 a (3) BauGB

- 9.1 Vor dem Beginn der Erschließungsarbeiten ist eine Konzeption entsprechend der einschlägigen Richtlinie zum Wiederaufbau und zur anderweitigen Verwendung des Oberbodens zu erstellen. Oberboden ist getrennt auszubauen und abseits des Baubetriebes zu lagern. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist dieser als oberste Bodenschicht wieder einzubauen (siehe a. Ziff. III Hinweise). Der Unterbodenaushub ist, soweit dies aufgrund der Beschaffenheit möglich ist, im Gebiet wieder einzubauen bzw. fachgerecht weiterzuverarbeiten.
- 9.2 Im Plangebiet ist ein Massenausgleich der anfallenden Erdaushübe anzustreben, für überschüssige Erdmassen ist ein Verwendungsnachweis zu führen. Belastete Böden sind geordnet zu entsorgen.
Die Bestimmungen für die Durchführung von Erdarbeiten bei Einzelbauvorhaben sind zu beachten.
- 9.3 Kupfer-, zink- oder bleigedachte Dächer und Fassaden sind im Plangebiet nur zulässig, wenn sie beschichtet oder in ähnlicher Weise behandelt sind, so dass keine Kontamination des Bodens durch Metallionen zu erwarten ist.
- 9.4 Die Befestigung von ebenerdigen Pkw-Stellplätzen und ausschließlich Notfahrzeugen dienende Verkehrsflächen muss das Versickern von Oberflächenwasser dauerhaft gewährleisten.
- 9.5 Neu herzustellende Stützmauern sind möglichst mit offenen Fugen und Hohlräumen auszubilden, z.B. als Gabionen oder Trockenmauern, so dass sie sich auch als Lebensräume für Reptilien eignen.

- 9.6 Flachdächer von Garagen, Carports und sonstigen Nebengebäuden sowie von untergeordneten Bauteilen an Gebäuden sind mit Sukkulenten, Gräsern und Wildkräutern usw. dauerhaft zu begrünen. Die Mindesthöhe des Substrataufbaus muss 10 cm betragen.
- 9.7 Der Eintrag von Schadstoffemissionen mit wassergefährdenden Stoffen während der Bauarbeiten und des Betriebes ist zu vermeiden.
- 9.8 Während der Aktivitätsphase von Reptilien (Anfang März – Anfang November) ist ein von Reptilien nicht überwindbarer Schutzzaun zu stellen. Der Zaun muss unmittelbar südlich an die Gartenflächen der angrenzenden Gebäude errichtet werden.



- 9.9 Sobald es konkrete Bauabsichten für den nördlichen Plangebietsteil auf den beiden bereits bebauten Grundstücken geben sollte, müssen die betroffenen Bereiche im Rahmen des Bauantrags auf Reptilien durch eine qualifizierte ökologische Baubegleitung abgesucht und daraufhin entsprechende Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen eingeleitet werden.

- 9.10 Freimähen des Grabens und der angrenzenden Bereiche und Absuchen des Grabens durch eine qualifizierte ökologische Baubegleitung auf Amphibien bzw. Laich und ggf. Umsiedlung in unbeeinträchtigte Habitate.
- 9.11 Während der Aktivitätszeiten der nachgewiesenen Amphibien sind je nach Witterung Anfang / Mitte Februar bis Ende Oktober Amphibienschutzzäune südlich und nördlich angrenzend, zur eigentlichen Eingriffsfläche amphibiensichere Zäune zu stellen (s. Lageplan unter der Ziff. 9.8).
- 9.12 Das Ab- bzw. Umhängen von im Gebiet vorhandener Nistkästen darf nur von Anfang November bis Ende Februar erfolgen.
- 9.13 Das Roden von Gehölzen ist auf den Zeitraum von November bis Ende Februar reduziert. Sollte dies nicht möglich sein, sind die betreffenden Bäume vor der Rodung von einer Fachkraft auf Nester zu überprüfen und ggf. die Rodungsarbeiten bis auf das Ende der Brutperiode zu verschieben.
- 9.14 Das Ausführen der Bauarbeiten ist nur tagsüber zum Schutz von Fledermäusen zulässig
- 9.15 Für die öffentliche Straßenbeleuchtung sind insektenfreundliche Lichtquellen einzusetzen (z. B. gelbliche LED's). Dies gilt auch für den privaten Bereich. Ein flächiges Anstrahlen der Fassaden o. ä. und der Gartenbereiche sowie Dauerbeleuchtungen sind zu vermeiden. Die Lichtemissionen sind so gering wie möglich zu halten.
- 9.16 Bei erforderlichen, nächtlichen Dauerbeleuchtungen ist nur die Verwendung einer fledermausfreundlichen Beleuchtung (Anbringung der Beleuchtung nur dort, wo unbedingt notwendig; Verwendung von „Fledermausleuchten“ mit Lichtspektrum um 590 nm, ohne UV Anteil; Die Leuchtkörper sind ausschließlich im oberen Gebäudebereich an der Außenfassade anzubringen, wobei der Lichtkegel nach unten zeigen muss) zulässig.

10. ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN U. SONSTIGE BEPFLANZUNGEN gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB

- 10.1 Für das Anpflanzen sind Arten aus der Pflanzliste (Ziff. 10.7 der Festsetzungen zum Bebauungsplan) zu verwenden.
- 10.2 Auf den nicht überbauten Grundstücksflächen sind je angefangene 400 m² nicht überbauter Freifläche je 1 standortgerechter und hochstämmiger Laubbaum (Pflanzqualität Hochstamm mit Ballen, 3 x verpflanzt, Stammumfang 18 – 20 cm) gemäß der nachfolgenden Pflanzliste zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgängige und gefällte Gehölze sind zu ersetzen.
- 10.3 Entlang des Grabens sind standortgerechte, einheimische Sträucher zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgängige Sträucher sind zu ersetzen
- 10.4 Die zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern vorgesehenen Standorte können bei der Realisierung angepasst und um bis zu max. 5m verschoben werden. Die Pflanzarten sind den nachfolgenden Pflanzlisten zu entnehmen.
- 10.5 Die Verwendung von Nadelgehölzen und Koniferen ist nicht zulässig. Die nachfolgende Pflanzliste zum Bebauungsplan ist zu beachten.
- 10.6 Flachdächer sind dauerhaft mit einer Substratschicht von mind. 10 cm zu begrünen und mit Sukkulente, Gräsern, Wildkräutern usw. einzugrünen.

10.7 PFLANZLISTEN

Bäume

<i>Acer campestre</i>	Feldahorn
<i>Betula pendula</i>	Hänge-Birke
<i>Carpinus betulus</i>	Hainbuche
<i>Prunus avium</i>	Vogelkirsche
<i>Prunus paduus</i>	Traubenkirsche
<i>Sorbus aucuparia</i>	Eberesche
<i>Sorbus torminales</i>	Elsbeere
<i>Tilia cordata</i>	Winterlinde
<i>Tilia platyphyllos</i>	Sommerlinde

Sträucher

<i>Cornus sanguinea</i>	Roter Hartriegel
<i>Corylus avellana</i>	Hasel
<i>Crataegus monogyna</i>	Eingriffeliger Weißdorn
<i>Euonymus europaeus</i>	Pfaffenhut
<i>Ligustrum vulgare</i>	Liguster
<i>Lonicera xylosteum</i>	Heckenkirsche
<i>Rosa canina</i>	Hundsrose
<i>Viburnum lantana</i>	Wolliger Schneeball

Einheimische, alte Obstbaumsorten (nur Hochstämme) wie z.B. :

Äpfel

Blauacher
 Kaiser Wilhelm
 Oldenburg
 Jakob Fischer
 Brettacher
 Boskoop
 Gewürzluiken
 Blenheim Goldrenette
 Trierer Weinapfel
 Ananasrenette
 Gravensteiner
 Danziger Kant
 Goldparmäne
 Berlepsch Goldrenette
 Bohnapfel
 Zuccalmaglio

Birnen

Gute Luise
 Sülibirne
 Gelbmöstler
 Conference
 Gellerts Butterbirne
 Alexander Lucas
 Schweizer Wasserbirne

Kirschen

Burlat
 Beutelsbacher
 Büttners rote Knorpelkirsche

Nussbäume

Juglans regia

- 10.8 Die Begrünungsmaßnahmen sind spätestens in der ersten Vegetationsperiode nach Baufertigstellung durchzuführen. Es wird auf § 178 BauGB verwiesen. Die Gemeinde kann die betroffenen Grundstückseigentümer verpflichten die Pflanzgebote umzusetzen.

11. GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTE

gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB

Im Lageplan (Bl. 2) sind Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu Gunsten der Allgemeinheit und der Anlieger gem. Planeintrag festgesetzt.

12. PASSIVE LÄRMSCHUTZMASSNAHMEN GEGEN AUSSENLÄRM

gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB

Die Außenbauteile schutzbedürftiger Aufenthaltsräume sind, auf der Grundlage der DIN 4109-2, ausreichend gegen Außenlärm zu schützen. Es wird auf die Anlage 7 der gutachterlichen Stellungnahme des Büro Dr. Jans, Ettenheim vom 30.09.2019 verwiesen. Die gutachterliche Stellungnahme ist dem Bebauungsplan als Anlage beigefügt. Der Nachweis ist mit den Unterlagen zum Bauantrag zu erbringen.

13. STRASSENBÖSCHUNGEN

gem. § 9 (1) Nr. 26 BauGB

Die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Straßenböschungen, Randsteine oder andere Straßenabgrenzungen sind auf den privaten Grundstücken zu dulden.

Stadt Schopfheim, den 25.05.2020

Dirk Harscher
 Bürgermeister

(Siegel der Stadt)

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

1. GEBÄUDE-/DACHFORM – DACHNEIGUNG - MATERIAL

gem. § 74 (1) Nr. 1 LBO

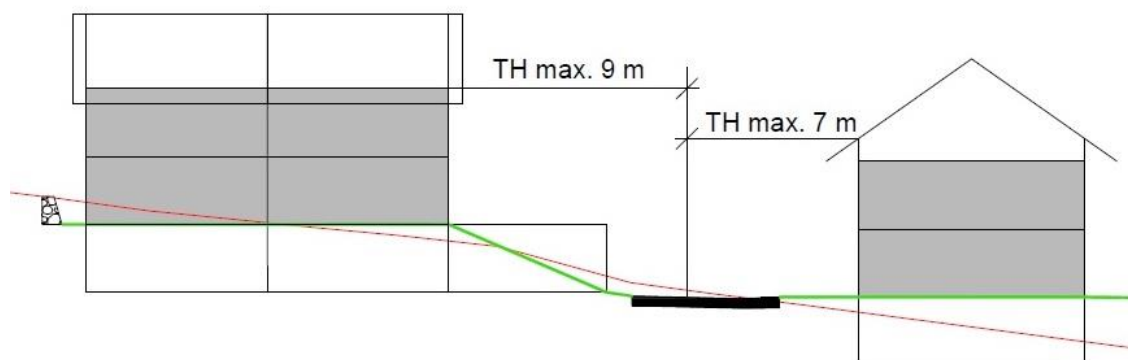
- 1.1 Zulässig für die Hauptgebäude im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind Satteldächer mit einer Dachneigung von 32° - 42°. Für Nebengebäude, Garagen und Carports sowie untergeordnete Bauteile an Gebäuden (z.B. Terrassenüberdachungen, Eingangsbereiche, etc.) sind auch Pultdächer oder begrünte Flachdächer zulässig. Als Flachdach gelten Dächer mit 0°- 5° Neigung, diese sind mit einer Mindestsubstratschicht von 10cm zu begrünen.
- 1.2 Die Dacheindeckung der Hauptgebäude ist mit Ziegeln bzw. Betonsteinen in den Farben rot / rotbraun bis grau in gedeckten Farbtönen auszuführen, glasierte Ziegel sind unzulässig, um eine Einbindung in die umgebende Dachlandschaft zu erreichen.
- 1.3 Aufgrund der Gefahr von Schwermetalleinträgen in das Grundwasser sind unbeschichtete Metallplatten aus den Materialien Kupferblech, verzinktes Blech oder Titanzinkblech für Fassaden oder Überdachungen nicht zulässig.

2. GEBÄUDEHÖHE

gem. § 74 (1) Nr. 1 LBO

Die Traufhöhe (Schnittpunkt Dachhaut mit der Fassade) der Gebäude darf von dem im Mittel gemessenen Straßenniveau (Bezug Straßenmitte) der am nächsten liegenden Straße höchstens 9,0 m bzw. 7,0m gem. Planeintrag betragen. Auf Grundstück Flst.-Nr. 814 ist die Höhe der neuen privaten Zufahrt maßgebend.

Schemaschnitt



Bei der Berechnung werden die Fassaden dabei rechtwinklig zur Straße verlängert. Gemessen wird die Höhe in der Mitte der Fassadenseite, bei Giebelseiten wird die gedachte Linie zwischen den beiden Traufen angenommen.

HINWEIS: Bei Bauanträgen für Einzelbauvorhaben ist der vorhandene und künftige Geländeverlauf in den Schnitten darzustellen.

3. GEBÄUDE, GARAGEN UND CARPORTS SOWIE NEBENGEBÄUDE AUF DEN PRIVATEN GRUNDSTÜCKSGRENZEN

gem. § 74 (1) Nr. 1 LBO

An den privaten Grundstücksgrenzen aneinandergebaute Gebäude (Doppel- oder Reihenhäuser) sowie Carports, Garagen und sonstige Nebengebäude sind in Form, Gestaltung, Material und Farbe aufeinander abzustimmen.

4. OBERFLÄCHENGESTALTUNG DER GEBÄUDE

gem. § 74 (1) Nr. 1 LBO

Glänzende und stark reflektierende Materialien (z.B. polierte Bleche, etc.) sind zur Oberflächengestaltung der Gebäude nicht zugelassen, ausgenommen sind Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie. Großflächige Glasfassaden sind in das Gebäude zu integrieren. Grelle Farben (Neonfarben) sind unzulässig.

5. EINFRIEDUNGEN UND STÜTZMAUERN

gem. § 74 (1) Nr. 3 und Nr. 1 LBO

- 5.1 Die Höhe der Einfriedungen und Stützmauern darf max. 1,20m, bezogen auf das natürliche Gelände, betragen.
- 5.2 Zulässig sind nur Holzstaketen- und Drahtgeflechtzäune, auch mit Hinterpflanzung, oder lebende Einfriedungen (Hecken - Pflanzarten siehe Pflanzliste), Stacheldraht darf nicht verwendet werden. Die Anlagen sind mind. 0,5 m von den öffentlichen Erschließungsstraßen zurückzusetzen und müssen vom Boden einen Mindestabstand in Höhe von 15 cm aufweisen, um die Durchlässigkeit für Kleintiere zu erhalten.
- 5.3 Stützmauern sind nur als Trockenmauern aus Natursteinen, hierzu zählen auch Gabionen und nur bis zu einer Höhe von max. 1,20m zulässig. Sollten höhere Anlagen erforderlich werden, so ist das Gelände zu terrassieren. Die ebenen Flächen zwischen den Terrassen müssen eine Breite von mind. 1,0 m aufweisen.
Die Anlagen sind mind. 0,5 m von den öffentlichen Erschließungsstraßen zurückzusetzen.

6. GESTALTUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN UND VORGÄRTEN

gem. § 74 (1) Nr. 3 und § 74 (3) Nr. 1 LBO

- 6.1 Die nicht überbauten Bereiche überbaubarer Grundstücksflächen und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie sämtliche nicht für Geh- und Fahrverkehr oder Parkierungen benötigte Freiflächen sind gem. Pflanzliste dauerhaft zu begrünen.
Schotterflächen sind unzulässig.
- 6.2 Der anfallende Erdaushub ist möglichst auf dem Grundstück wieder zu verwenden. Dafür notwendige Geländeänderungen durch Auf- / Abtrag können durchgeführt werden, dabei sind die natürlichen Geländeverhältnisse und die Höhenlagen der Nachbargrundstücke zu berücksichtigen. Aufschüttungen oder Abgrabungen zur Geländemodellierung von mehr als 1,20 m sind unzulässig. Auf die Höhenlagen der Nachbargrundstücke ist zu achten, erforderliche bauliche Anlagen auf der Grundstücksgrenze sind aufeinander abzustimmen.

Veränderungen der Grundstücksoberflächen sind, soweit erforderlich, in geschlossener Form und nach landschaftsgärtnerischen Gesichtspunkten durchzuführen. Die Geländeverhältnisse der Nachbargrundstücke sind dabei zu berücksichtigen. Abweichungen von der natürlichen Geländeoberfläche zu den Nachbargrundstücken dürfen nur einvernehmlich erfolgen.

Jegliche, geplante Geländeänderung, Auffüllung oder Abtragung ist im Bauseuchungsverfahren mit ausreichend prüffähigen Unterlagen mit Geländeschnitten an sämtlichen Gebäudekanten plan- und textmäßig darzustellen.

6.3 Ein Freiflächengestaltungsplan im Maßstab 1 : 200 mit folgenden Angaben ist den Bauantragsunterlagen beizufügen:

- Alle baulichen Anlagen einschl. der Wege, der Stellplätze, Zufahrten, Terrassen, etc. mit vorgesehener Art der Oberflächenbefestigung
- Die Aufschüttungen und Abgrabungen
- Lage, Art, Höhe und Breite der Stützmauerwerke und Einfriedigungen
- Lage und Art der neu zu pflanzenden Bäume nach den Pflanzgeboten
- Konzept der geplanten sonstigen Baum- und/oder Strauchgruppen.
- Lage und Größe der Zisternen / etwaiger Teichanlagen oder einer geplanten Regenwasserversickerungsanlage
- Lage der Außenentwässerungsmulde bei den Grundstücken an der östlichen Plan-
gebietsgrenze

6.4 Alle Belagsflächen von denen eine Gefährdung des Grundwassers nicht zu erwarten ist, wie z.B. Wege, offene Stellplätze sowie die Zufahrten zu Garagen innerhalb der Baugrundstücke sind mit wasserdurchlässigen Belägen wie z.B. Rasengittersteine, großfugiges Pflaster, Schotter, Kies, wassergebundene Decken o.ä. zu versehen und nach Möglichkeit zu begrünen (Raseneinsaat o.ä.).

Ebenso muss die Befestigung von ebenerdigen Pkw-Stellplätzen und ausschließlich Notfahrzeugen dienende Verkehrsflächen das Versickern von Oberflächenwasser dauerhaft gewährleisten. Die notwendige Entwässerung ist über begrünte Oberflächen an den Randbereichen herzustellen. Eine Gefährdung Dritter ist auszuschließen. Weitere Informationen enthält die Broschüre „Naturverträgliche Regenwasserbewirtschaftung“ des Landkreises Lörrach.

7. NACHZUWEISENDE STELLPLÄTZE

gem. § 74 (2) Nr. 2 i. V. m. § 79 LBO

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes gilt die Satzung über die Stellplatzverpflichtung der Stadt Schopfheim in Kraft getreten am 23.06.2016:

1,0 Stellplatz für Wohnungen mit einer Wohnfläche bis 55 qm

1,5 Stellplätze für Wohnungen mit einer Wohnfläche von 56 qm bis 100 qm

2,0 Stellplätze für Wohnungen mit einer Wohnfläche von mehr als 100 qm

Für die Berechnung der Wohnfläche gilt die DIN 277 in der jeweils gültigen Fassung.

8. REGENWASSERZISTERNEN / ABLEITUNG VON REGEN- UND SCHMUTZWASSER

gem. § 74 (3) Nr. 2 LBO

8.1 Die Errichtung von Regenwasserzisternen mit Retentionsvolumen für das Sammeln von Dachwasser ist im Plangebiet festgesetzt. Als Retentionsvolumen (ohne Speichervolumen) sind mind. 2,0 m³ / 100 m² angeschlossener Fläche vorzusehen. Der Drosselabfluss ist auf 0,3 l/s zu begrenzen.

8.2 Die Überläufe der Zisternen und die Hofflächen sind an die öffentliche Trennkanalisation anzuschließen oder können auch, unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen, über den belebten, begrünten Oberboden auf den privaten Flächen versickert werden.

- 8.3 Bei der Verwendung des Wassers im Gebäude müssen die DIN/EN 1717 und §17 Abs. 2 der Trinkwasserverordnung sowie die Vorgaben der Gemeinde eingehalten werden. Es ist darauf zu achten, dass entsprechende Vorfilter bzw. Abauffilter eingebaut werden.
- 8.4 Das häusliche Schmutzwasser ist an die öffentliche Trennkanalisation anzuschließen.

9. NIEDERSpannungsLEITUNGEN

gem. § 74 (1) Nr. 5 LBO

Niederspannungsleitungen sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu verkabeln.

Stadt Schopfheim, den 25.05.2020

Dirk Harscher
Bürgermeister

(Siegel der Stadt)

III. NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE FESTSETZUNGEN UND HINWEISE

gem. § 9 (4) und (6) BauGB

1. HINWEISE ZUR PLANVORLAGE

Mit dem Bauantrag sind folgende Unterlagen zusätzlich vorzulegen:

- 1.1 Querschnitt des Gebäudes mit natürlicher (vorhandener) und geplanter Geländelinie und den geplanten bzw. vorhandenen Straßenhöhen. Die Schnitte sind jeweils entlang den mit der Geländeneigung gleichlaufenden Umfassungswänden darzustellen. Erforderliche Abgrabungen und Auffüllungen sind durch Geländeschnitte darzustellen.
- 1.2 In den Fassadendarstellungen sind ebenfalls die geplante bzw. vorhandene Straßenlinie und die natürliche sowie die geplante Geländelinie einzutragen.
- 1.3 Die Genehmigungsbehörde kann weitere, zur Beurteilung des Bauvorhabens notwendige Unterlagen verlangen (z.B. Lichtbilder, Modelle, Stangengerüste im Gelände, etc.).
- 1.4 Die vorgesehene Gestaltung und die nachzuweisende Bepflanzung der unbebauten Grundstücksflächen ist in **einem Freiflächengestaltungsplan (M 1:200)** zusammen mit dem Bauantrag vorzulegen (gem. LBOVVO).

2. DENKMALSCHUTZ

2.1 Zufällige Funde

Sollten bei der Durchführung der Maßnahmen archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG die Denkmalbehörde(n) oder die Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 84 – Archäologische Denkmalpflege (e-mail: abteilung8@-rps.bwl.de) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gem. § 27 DSchG wird hingewiesen. Bei einer Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.

2.2 Bildstöcke, Wegekreuze, alte Grenzsteine

Ebenso ist das Landesdenkmalamt zu benachrichtigen, wenn Bildstöcke, Wegekreuze, alte Grenzsteine o.ä. von den Baumaßnahmen betroffen sind.

3. BODENSCHUTZ

gem. § 4 (2) BschG

Im Plangebiet ist ein Massenausgleich der anfallenden Erdaushübe anzustreben, für überschüssige Erdmassen ist ein Verwendungsnachweis zu führen. Belastete Böden sind geordnet zu entsorgen.

Die Bestimmungen für die Durchführung von Erdarbeiten bei Einzelbauvorhaben sind zu beachten.

3.1. Allgemeine Bestimmungen

- 3.1.1 Bei Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass nur soviel Oberboden abgeschoben wird, wie für die Erschließung des Baufeldes unbedingt notwendig ist. Deshalb sollte

unnötiges Befahren oder Zerstören von Oberboden auf verbleibenden Freiflächen vermieden werden.

- 3.1.2 Zur Vermeidung von Bodenverdichtungen, die das Wachstum der späteren Bepflanzung erschweren, sind Bodenarbeiten möglichst nur bei schwach feuchtem Boden und bei niederschlagsfreier Witterung durchzuführen.
- 3.1.3 Ein erforderlicher Bodenabtrag ist schonend und unter sorgfältiger Trennung von Oberboden und Unterboden durchzuführen.
- 3.1.4 Bei Geländeaufschüttungen innerhalb des Baugebietes, z.B. zum Zwecke des Massenausgleiches, der Geländemodellierung usw. darf der Oberboden des Urgeländes nicht überschüttet werden, sondern ist zuvor abzuschieben. Für die Auffüllung ist ausschließlich Aushubmaterial (Unterboden) zu verwenden.
- 3.1.5 Die Bodenversiegelung durch Nebenanlagen ist auf das unabdingbare Maß zu beschränken, wo möglich, sind Oberflächenbefestigungen durchlässig zu gestalten. Zur Befestigung von Gartenwegen, Garageneinfahrten, Stellplätzen usw. werden Rasengittersteine oder Pflaster mit groben Fugen empfohlen.
- 3.1.6 Anfallender Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen; er darf nicht als An- bzw. Auffüllmaterial für Mulden, Baugruben, Arbeitsgräben usw. benutzt werden.
- 3.1.7 Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können (Verfärbungen, Geruchsimmissionen, etc.) sind der Unteren Bodenschutzbehörde im Landratsamt umgehend zu melden.
- 3.1.8 Voraussetzung für die Verwertung von Erdaushub ist, dass das Aushubmaterial nicht mit Schadstoffen belastet ist. In Zweifelsfällen sind Bodenuntersuchungen erforderlich. Bei belastetem Material ist die Reinigung oder die Beseitigung in einer geeigneten Anlage sicherzustellen.
Verunreinigter Erdaushub kann nur mit einer Bescheinigung entsorgt werden. Eine Bodenanalyse ist den Behörden vorzulegen.

3.2. Bestimmung zur Zwischenlagerung und Wiederverwendung von Oberboden

- 3.2.1 Ein Überschuss an Mutterboden soll möglichst nicht zur Krumenerhöhung auf nicht in Anspruch genommenen Flächen verwendet werden. Er ist anderweitig zu verwenden (Grünanlagen, Rekultivierung, Bodenverbesserungen) oder wiederverwertbar auf geeigneten (gemeindeeigenen) Flächen in Mieten zwischenzulagern.
- 3.2.2 Für die Lagerung bis zur Wiederverwendung ist der Oberboden max. 2,5 m hoch locker aufzuschütten, damit die erforderliche Durchlüftung gewährleistet ist.
Bei der Schüttung und während der Lagerung dürfen Transportfahrzeuge die Mieten nicht überfahren. Überschreitet die Lagerdauer einen Monat sind die Mieten zu begrünen (z.B. mit Gräsern, Leguminosen, Luzerne, etc.). Die Mieten sind vor Ver Nassung zu schützen, dazu sind die Oberflächen zu profilieren und zu glätten.
Bei der Zwischenlagerung von Erdaushub auf den privaten Baugrundstücken sind Maßnahmen zum Schutz der angrenzenden Grundstücke zu treffen (Abstände zur Grundstücksgrenze vergrößern, Abdecken des Aushubmaterials durch Planen, etc.).
- 3.2.3 Vor Wiederauftrag des Oberbodens sind innerhalb des Baufeldes Unterbodenverdichtungen durch Auflockerungen bis zum Anschluss an wasserdurchlässige Schichten zu beseitigen, damit ein ausreichender Wurzelraum für die geplante Bepflanzung und flächige Versickerung von Oberflächenwasser gewährleistet sind.
- 3.2.4 Die Auftragshöhe von Mutterboden soll 20,0 cm bei Grünanlagen und 30,0 cm bei Grabeland nicht überschreiten.

ERGÄNZENDE HINWEISE ZUM BODENSCHUTZ

Die Belange des Bodenschutzes nach Bodenschutzgesetz sind zu berücksichtigen: nur soviel Abfuhr von humosem Bodenmaterial wie unbedingt erforderlich, Wiederverwendung auf dem Grundstück, Kulturarbeiten nur bei trockener Witterung und trockenem Boden durchführen, keine Verfüllung von Baugruben und Leitungsgräben mit Oberboden, Befahren von unbefestigten Grundstücksbereichen, auch bei den Bauarbeiten, vermeiden, temporäre Bodenbe- und Verfestigungen sind zu beseitigen, die Mietenhöhe bei humosem Bodenmaterial darf höchstens 2 m betragen, beim Auftragen sind die Bestimmungen des § 12 BBodSchV in Verbindung mit der DIN 19731 zu beachten.

Mit dem Bauantrag ist der Nachweis über die Verwendung des Aushubes und über die Auffüllung des Baugrundstückes vorzulegen, ein Massenausgleich innerhalb des Baugebiets ist anzustreben.

Eine geologische Begleitung wird empfohlen.

Es wird angeregt, die Dachbegrünung als Minimierungsmaßnahme für das Schutzgut Boden in die Festsetzungen aufzunehmen.

4. WASSERSCHUTZ

4.1 DRAINAGEN UND HOCHWASSERSCHUTZ

Drainagen sind gem. § 12 WG aus Gründen des Wasserhaushaltes **unzulässig**. Ein Schutz vor drückendem Wasser ist heute technisch mit verhältnismäßig geringem Aufwand möglich ("weiße Wanne" mit Sperrbeton, Querriegel usw.). Ausgenommen sind erforderliche Drainagen während der Bauphase, die nach Beendigung der Maßnahme wieder verschlossen werden. Dadurch wird die Möglichkeit zur Grundwasserneubildung erhalten und ein Beitrag zum Hochwasserschutz geleistet.

Das Landratsamt Lörrach weist in seiner Stellungnahme vom 07.02.2020 darauf hin, dass die künftigen Bauherren über den Bebauungsplan bereits darauf hingewiesen werden, dass sie an ihren Gebäuden Schutzmaßnahmen vor Starkregenereignissen am eigenen Gebäude vorsehen sollen.

4.2 ABLEITUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER, VERSICKERUNG, RETENTIONSZISTERNEN UND DACHBEGRÜNUNG

Versickerung / Ableitung in den Vorfluter

Es ist gem. Wassergesetz zu prüfen, ob nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswässer dezentral durch Versickerung oder ortsnahe Ableitung in die Vorfluter beseitigt werden können. Auf Altlasten darf nicht versickert werden. Im Plangebiet wurde aufgrund der Hangneigung und der Bodenbeschaffenheit keine Versickerung festgesetzt.

Abwassersplitting

Im Falle eines Splittings der Abwassergebühren werden in der Regel Flächen, von denen keine Niederschlagswässer in die Kanalisation abgeführt werden, nicht zur Berechnung der Abwassergebühren herangezogen.

Dachbegrünung

Auch die Dachbegrünung stellt eine Maßnahme zur Verminderung der abzuleitenden Abflussspitzen und –mengen dar, eine Dachbegrünung mit einem mind. 25cm starken Ausbau kann eine Retentionszisterne ersetzen.

Versickerung auf den privaten Grundstücken

Möchte ein Bauherr zusätzlich zur festgesetzten Retentionszisterne und geplantem Trennsystem das Überlaufwasser der Zisterne über belebte Bodenschichten auf sei-

nem Grundstück versickern, so ist dies nur unter Beachtung der geltenden Vorschriften möglich. Die Anlage ist so herzustellen, dass ein Versickern schadlos möglich ist, ein Überlauf an das öffentliche Kanalnetz sollte vorgesehen werden.

5. BRANDSCHUTZ

Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung ist eine Wassermenge von 96m³/h bei einem Mindestbetriebsdruck von 1,5 bar über mindestens 2 Stunden im Umkreis von 300m um das jeweilige Objekt erforderlich.

Die Löschwasserhydranten sind auf einer Ringleitung DN 100 anzuordnen. Der Abstand der Hydranten soll nicht mehr als 80m betragen.

Als Grundlage für die Zufahrten und der Aufstellflächen ist die VwV – Feuerwehraufstellflächen heranzuziehen.

Bei der vorgesehenen Bepflanzung mit Bäumen und beim Aufstellen von Masten für die Straßenbeleuchtung ist darauf zu achten, dass die Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr nicht tangiert werden.

6. GEOTECHNIK

Das **Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau** verweist in seiner Stellungnahme vom 05.02.2020 auf nachfolgende Punkte:

Es werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt.

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Ausstrichbereich der Gesteine der Weitenau-Formation (Rotliegend). Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind sowie mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Die lokalen geologischen Untergrund-verhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (<http://www.lgrb-bw.de>) entnommen werden.

Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse:

<http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop Kataster) abgerufen werden kann.

Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant, bzw. wirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen, um eine der Verschlechterung der Baugrundeigenschaften bei der Errichtung technischer Versickerungsanlagen (Sickerschächte, Sickerbecken, Mulden-Rigolen-Systeme) zu vermeiden.

Für Bohrungen besteht eine gesetzliche Anzeigepflicht gem. §4 Lagerstättengesetz beim LGRB. Hierfür steht eine elektronische Erfassung auf der Homepage zur Verfügung.

7. ERSCHLIESSUNG

Die geplanten Erschließungsmaßnahmen sind mit den Trägern der Ver- und Entsorgungsanlagen möglichst frühzeitig abzustimmen.

bnNETZE, Freiburg

mit Schreiben vom 21.01.2020

Die Wirtschaftlichkeit von Leitungsverlegungen zur Sicherstellung der Erdgasversorgung ist zu prüfen. Investitionen werden nach unternehmerischen Gesichtspunkten, auch im Hinblick auf beabsichtigte oder vorhandene energetische Konzepte geplant.

Das Plangebiet kann bei gegebener Wirtschaftlichkeit durch Erweiterung des bestehenden Netzes von der Staltenstraße und vom Talweg mit Erdgas versorgt werden. Die Hausanschlüsse werden nach den technischen Anschlussbedingungen der bnNETZE GmbH, den Bestimmungen der NDAV und den Maßgaben der einschlägigen Regelwerke in der je-weils gültigen Fassung ausgeführt. In Anlehnung an DIN 18012 wird für Neubauvorhaben ein Anschlussübergaberaum benötigt. Der Hausanschlussraum ist an der zur Straße zu-gewandten Außenwand des Gebäudes einzurichten und hat ausreichend belüftbar zu sein. Anschlussleitungen sind gradlinig und auf kürzestem Weg vom Abzweig der Versorgungsleitung bis in den Hausanschlussraum zu führen.

Deutsche Telekom Technik GmbH,

mit Schreiben vom 09.01.2020

Zur Versorgung ist die Verlegung neuer Kabel innerhalb und außerhalb des Planbereichs erforderlich. Eine genaue Beurteilung kann erst auf dem letzten Stand der geplanten Bebauung vorgenommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Versorgung des Gebiets nur bei Aus-nutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung und ausreichender Planungssicherheit möglich ist.

Es wird deshalb gebeten sicherzustellen, dass:

1. Für den unterirdischen Ausbau des Telekommunikationsnetzes die ungehinderte, unentgeltliche und kosten-freie Nutzung der Verkehrswege möglich ist.
2. Eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vor-genommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen durch den Erschließungsträger erfolgt.
3. Die geplanten Verkehrswege nach der Errichtung der TK-Infrastruktur in der Lage nicht mehr verändert werden.

Für eine rechtzeitige Planung und Bauvorbereitung ist es notwendig, den Beginn und Ablauf der Baumaß-nahmen (Bauzeitenplan) so früh als möglich, mindestens jedoch 4 Monate vor Baubeginn, mitzuteilen an:

Deutsche Telekom Technik GmbH
Rs PTI 31
Linnestr. 7
79110 Freiburg

Der Ausbau der Festnetzinfrastruktur orientiert sich an den technischen Entwicklungen und Erfordernissen. Die notwendigen Investitionen werden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant. Dies bedeutet auch, dass da, wo bereits eine Infrastruktur

eines alternativen Anbieters besteht oder geplant ist, nicht automatisch auch eine eigene Infrastruktur eingerichtet wird.

Die endgültige Entscheidung, ob das Plangebiet von der Telekom versorgt wird, steht derzeit noch aus. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf § 77i (7) TKG (Digitalnetzgesetz).

8. HINWEISE ZUR GESTALTUNG UND BEWIRTSCHAFTUNG

Auf den Einsatz von Pestiziden auf den Baugrundstücken sollte verzichtet werden.

Eine dauerhafte, nächtliche Anstrahlung der Gebäude sollte zum Schutz der Insekten und Fledermäuse vor Lichtemissionen unterbleiben. Grundsätzlich ist eine Minderung der Lichtemissionen anzustreben.

Für Vögel und Fledermäuse sollten an den Gebäuden Nisthilfen angebracht werden, hier können die Umweltverbände beraten.

Zum Schutz vor Vogelschlag sollte ein spezielles Glas für Fenster verwendet oder sonstige Vorkehrungen (z.B. Schnürvorhang, etc.) getroffen werden. Hierzu gibt es beim BUND eine Broschüre „Vogelschlag und Glas“, die zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Anlage einer Sandfläche und einer Blumenwiese für Wildbienen ist anzustreben.

Die Pflanzung zusätzlicher Streuobstbäume mit Pflegeplan sollte erfolgen.

Die Anlage einer Trockenmauer als Lebensraum für Reptilien sollte an den geeigneten Stellen erfolgen.

Die Anlage von Kleinstgewässern für Amphibienarten wie der Gelbbauunke und der Geburtshelferkröte mit den entsprechenden Landlebensräumen wäre wünschenswert.

Die Umweltverbände halten umfangreiches Informationsmaterial zu o.g. Themen bereit, des Weiteren werden Beratungen angeboten.

9. HINWEISE AUF RADONBELASTUNG

Aufgrund der geologischen Gegebenheiten ist im südlichen Schwarzwald mit einer erhöhten Radonbelastung zu rechnen. Radon ist ein radioaktives Edelgas, das aus dem Boden austritt. Ein Schutz ist z.B. durch einen entsprechend abgedichteten Keller möglich. Es wird auf das „Radon-Handbuch Deutschland“ von 2019 des Bundesamtes für Strahlenschutz und auf den „Radonmaßnahmenplan zur nachhaltigen Verringerung der Exposition gegenüber Radon“ vom März 2019 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) verwiesen.

Das Landratsamt Lörrach verweist in seiner Stellungnahme vom 07.02.2020 ergänzend daraufhin, dass Radon in Häusern heute weltweit als Problem angesehen wird, da es mit Abstand das größte umweltbedingte Lungenkrebsrisiko darstellt und nach dem Rauchen die zweithäufigste Ursache von Lungenkrebs ist. Radon kann durch undichte Fundamente oder Keller in Häuser gelangen und sich in Wohnungen ansammeln.

Durch die Berücksichtigung der Radonproblematik bereits beim Bau kann von vornherein vermieden werden, dass Radon später zu einem Problem wird.

Weitere Informationen zu diesem Thema bietet beispielsweise die Homepage des Landkreises Lörrach:

<https://www.loerrach-landkreis.de/radon>

10. IMMISSIONEN DURCH WÄRMEPUMPEN

Das Landratsamt Lörrach weist in seiner Stellungnahme vom 07.02.2020 auf folgendes hin:

Bei neuen Wohngebäuden wird derzeit die Beheizung vermehrt durch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe realisiert, auch kommen öfter Lüftung- und Kleinklimageräte zum Einsatz. In eng bebauten Gebieten kommt es aufgrund dieser Anlagen vermehrt zu Richtwertüberschreitungen.

Vor Errichtung von Wärmepumpen, Lüftungs- oder Klimageräten ist nachzuweisen, dass die Immissionsrichtwerte gemäß TA Lärm um 6 dB(A) unterschritten werden und somit der Immissionsbeitrag nicht relevant zur Gesamtbelastung beiträgt, oder es ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Abstände gemäß Tabelle 1 des „Leitfadens für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) eingehalten werden.

11. ABFALLBEHÄLTERBEREITSTELLUNG

Das Landratsamt Lörrach verweist mit Schreiben vom 07.02.2020 auf folgende Punkte:

Grundsätzlich muss eine für Beschäftigte und Dritte sichere Abfallsammlung jederzeit möglich sein. Müll darf nach den geltenden Vorschriften nur abgeholt werden, wenn die Zufahrt zu den Müllbehälterstellplätzen so angelegt ist, dass ein Rückwärtsfahren nicht erforderlich ist.

Es sollte berücksichtigt werden, dass die Bereitstellung der Abfallsammelbehälter durch den Abfallerzeuger an einer sicher befahrbaren, öffentlichen Straße erfolgen muss.

Die Zugänge von der Fahrbahn zu den Müllbehälterstellplätzen und die Standplätze müssen einen ebenen, trittsicheren Belag haben, der so beschaffen ist, dass er den Beanspruchungen durch das Transportieren und Abstellen von Müllbehältern standhält. Die Transportwege sind freizuhalten.

Stadt Schopfheim, den 25.05.2020

Dirk Harscher
Bürgermeister

(Siegel der Stadt)